

D-02 Vertrauen wiederherstellen: Sicherheit für alle Menschen in NRW

Gremium: BuntGrün NRW
Beschlussdatum: 10.05.2025
Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN NRW ist bestürzt über den Tod von
2 Lorenz A., der bei einem Polizeieinsatz am 20. April 2025 in Oldenburg durch
3 mehrere Schüsse eines Polizisten – davon drei von hinten – getötet wurde. Unsere
4 Anteilnahme gilt der Familie und den Freund*innen von Lorenz A.
- 5 Der Fall muss gründlich aufgeklärt und alle Fragen beantwortet werden. Nur so kann
6 das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt oder zurückgewonnen werden. Eine
7 umfangreiche Aufklärung ist auch im Interesse der Beamtinnen und Beamten, die
8 sich jeden Tag korrekt verhalten und unsere vielfältige und demokratische
9 Gesellschaft schützen.
- 10 Der Tod von Lorenz A. lässt bittere Erinnerungen an den Tod von Mouhamed Lamine
11 Dramé aufkommen, der bei einem Polizeieinsatz in Dortmund im August 2022
12 erschossen wurde. Die Sicherheit aller Menschen in NRW muss gewährleistet sein,
13 auch in psychischen Ausnahmesituationen, wenn sie von Rassismus betroffen oder
14 sozial marginalisiert sind.
- 15 Diese Vorfälle haben in vielen migrantischen Communities und bei Schwarzen
16 Menschen in NRW zu einem massiven Vertrauensverlust geführt. Der Tod von Lorenz
17 A. hat diese Ängste erneut aktiviert und verdeutlicht, dass es konkrete
18 Veränderungen braucht. Es ist unser Anspruch, dass alle Menschen in NRW sicher
19 sind. Dabei hat die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols eine
20 zentrale Rolle.
- 21 Wir fordern daher für Nordrhein-Westfalen:
- 22 1. Die zügige personelle Besetzung der Stelle der oder des unabhängigen
23 Polizeibeauftragten, die sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für
24 Polizeibeamtinnen und -beamten ansprechbar ist;
 - 25 2. weiterhin die regelmäßige Auseinandersetzung mit den Werten unserer
26 Demokratie, die auch für unsere rechtsstaatliche Polizei handlungsleitend
27 sind, sowie verpflichtende Lehrinhalte zu Interkulturalität und
28 Rassismuskritik, Diskriminierungsarbeit und Deeskalation in der Aus- und
29 Fortbildung aller Polizeikräfte;
 - 30 3. den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW mit Fokus auf den Umgang
31 mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen weiter voranbringen,
 - 32 4. einen regelmäßigen Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, u.a. mit
33 den Selbstorganisationen von Migrant*innen, Religionsgemeinschaften,
34 Jugendeinrichtungen und sozialen Beratungsstellen im Stadtteil sowie eine
35 Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit mit dem Ausbau der

- 36 Bezirksdienste der Polizei NRW, die auf Transparenz, Verständnis und
37 Einvernehmen in Dialogprozessen setzt.
- 38 5. eine unabhängige Untersuchung von Polizeieinsätzen mit tödlichem Ausgang
39 durch eine andere Kreispolizeibehörde, die nicht aus der unmittelbaren
40 Nachbarschaft der betroffenen Dienststelle stammt, um Neutralität und
41 Unabhängigkeit der Ermittlungen zu gewährleisten und mögliche
42 Interessenskonflikte oder den Anschein möglicher Interessenskonflikte, die
43 bei benachbarten Polizeibehörden aufkommen könnten, zu vermeiden;
- 44 6. die Einführung von schriftlichen Bestätigungen bei einer polizeilichen
45 Kontrolle auf Wunsch der betroffenen Person, denn Transparenz und
46 Überprüfbarkeit polizeilicher Maßnahmen tragen zum Vertrauen in den
47 Rechtsstaat bei.

48 Darüber hinaus werden wir weiter über die Regularien zum Tragen und Einschalten
49 der Bodycam, möglicherweise als automatisierte Aktivierung bei Nutzung des
50 Tasers diskutieren. Wir wollen dabei sowohl die Persönlichkeitsrechte von
51 unbeteiligten Dritten sowie die Argumente für mehr Transparenz und
52 Nachvollziehbarkeit eines Einsatzes, auch im Sinne der Beamt*innen und von
53 Rassismus Betroffenen, abwägen und in Einklang bringen.

54 Als GRÜNE NRW stehen wir für eine rechtsstaatliche Polizei ein, die die
55 Menschenwürde schützt, gut aus- und fortgebildet ist und bei schwierigen
56 Polizeieinsätzen auf Deeskalation setzt. Die übergroße Mehrheit der
57 Polizeibeamtinnen und -beamten vertritt die Werte unseres Grundgesetzes und
58 handelt jeden Tag danach. Es ist auch in ihrem Interesse, dass die Hintergründe
59 bei tödlichen Polizeieinsätzen sowie zu einem möglichen Fehlverhalten von
60 Kolleg*innen aufgeklärt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
61 Sicherheitsstrukturen Vertrauen schaffen – gerade auch für Menschen, die von
62 Rassismus betroffen sind.

Begründung

Der Tod von Lorenz A. in Oldenburg hat bundesweit eine Debatte über Polizeieinsätze und strukturellen Rassismus ausgelöst. Dass auch in NRW Communitys von Schwarzen Menschen, People of Colour und Menschen mit Migrationsgeschichte tief verunsichert sind, haben Demonstrationen, Gespräche und Posts in sozialen Netzwerken in den vergangenen Wochen und Tagen gezeigt. Daraus ergibt sich eine entsprechende Dringlichkeit für die LDK.

Viele berichten über Angst, Hilflosigkeit und das Gefühl, im Ernstfall nicht auf den Schutz der Behörden vertrauen zu können. Diese Gefühle sind kein Einzelfall: Die tödlichen Polizeieinsätze in NRW in den letzten Jahren – z. B. an Mouhamed Lamine Dramé in Dortmund 2022 – haben das Vertrauen in die Polizei auch bei uns im Land erschüttert. Die GRÜNEN NRW müssen auf diese Situation reagieren, um glaubwürdig für Sicherheit, Gerechtigkeit und Antirassismus einzutreten.

Die Landesdelegiertenkonferenz ist der Ort, an dem wir als Partei Haltung zeigen. Gerade angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung und wachsender rassistischer Narrative brauchen wir ein klares politisches Signal: für eine Polizei, die schützt und fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht.